



„Warum sollen diejenigen, die anderen ihre Zeit spenden, dies nicht von der Steuer absetzen können“, fragt Ute Kumpf.

# Auf dem Weg zu einer solidarischen Bürgergesellschaft

Was wäre, wenn die 23 Millionen freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, die Zigtausende in Stuttgart, von heute auf morgen das Stiften von Zeit und Geld und ihr Engagement einstellen würden? Dieser Streik würde unsere Gesellschaft ins Mark treffen, deutlich machen, wie wichtig Bürgerschaftliches Engagement für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie ist.

**K**ein Sport mehr für Jung und Alt, keine gemütlichen Kaffeepausen in den Begegnungsstätten, keine Grünen Damen, keine Hocketse mehr in den Stadtteilen, kein Marsch mehr, der uns geblasen wird, kein Chor, keine engagierten Bezirksbeiräte, keine Jugendräte, keine Lesepatinnen und Jobpatinnen für die Großen, keine engagierten Betriebsräte, keine Waldheimfreizeiten, kein Kunstverein und Forum der Kulturen, kein Engagement in den Kirchen und die Eine Welt, kein Fasnetsumzug und Kübelesrennen, keine Heimatmuseen und Zukunftsforen in den Stadtteilen, keine Selbsthilfegruppe mehr, kein Einsatz mehr für die Umwelt, für die Gesundheit, für die Politik, für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ...

**Bürgerengagement ist unser soziales Kapital.** Durch Bürgerengagement wird nicht nur Stuttgart zu einem Ort lebendiger Begegnung, der Kultur, der Toleranz und des sozialen Miteinanders. Menschen

übernehmen aus eigenem Antrieb Verantwortung für andere und wirken damit im Sinne des Gemeinwohls. Es ist unser soziales Kapital, das sich nicht verbraucht, wenn es gebraucht wird. Eine lebendige Bürgergesellschaft, kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anspornen, entlasten und ergänzen. Aber ersetzen kann sie es nicht. Engagement darf auch nicht zum Ausfallbürgen für leere Kassen benutzt werden. Alle Untersuchungen belegen: Nur wo materielle Sicherheit ist, wo der Staat seinen Pflichten nachkommt, können sich Bürgerengagement und eine vitale Zivilgesellschaft bilden. Der Staat, der die Zivilgesellschaft stärkt, stärkt sich als demokratischer Staat letztlich selbst. Ohne eine wache Bürgergesellschaft ist der Staat immer gefährdet. Beide brauchen einander.

**Engagement ist nicht umsonst zu haben, braucht Anerkennung und Partner.** Die SPD steht für eine starke, vitale und solidarische Bürgergesellschaft. Die Gestaltung

von engagementförderlichen Rahmenbedingungen ist Daueraufgabe. Die Weichen in die Zukunft wurden 1998 mit der Einsetzung der Enquete-Kommission zum Bürgerschaftlichen Engagement gestellt. Die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission bildet nach wie vor die Grundlage für die parlamentarische Arbeit im Bundestag. Engagementpolitik ist zur Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche geworden.

**Auf den Rahmen kommt es an.** Engagement braucht eine verlässliche Infrastruktur. Vereine und Initiativen brauchen Unterstützung und Beratung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben, durch eine „vereinsfreundliche“ Stadtverwaltung, die ehrenamtliches Engagement wertschätzt, die keine bürokratischen Hürden aufsondern abbaut. Die durch Infrastruktur, wie z. B. die Freiwilligenagentur als Transmissionsriemen, Angebote zum Engagement macht, Menschen zum Engagement ermuntert, eine Kultur der Anerkennung pflegt. Der Bund unterstützt die



Infrastruktur für Bürgerschaftliches Engagement mit zahlreichen Projekten, wie z. B. die Soziale Stadt, Gegen Rechtsextremismus, Mehrgenerationenhäuser, Altern aktiv, Freiwilligendienste für Jung und Alt und Integrationsprojekte. Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros, die Selbsthilfegruppen und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement – um nur einige Beispiele zu nennen – werden gefördert. Aber auch die Engagierten kommen zu ihrem Recht. Haftungsrecht und Unfallversicherungsschutz wurden deutlich verbessert. Mit „Hilfen für Helfer“ wurde 2007 das Gemeinnützigkeitsrecht neu ausgerichtet und verbessert: Die Übungsleiterpauschale wurde aufgestockt, eine Pauschale für Ehrenamtliche eingeführt, mehr Spenden können abgesetzt werden und für Vereine wurde die Besteuerungsgrenze auf 35 000 € angehoben. Was leider nicht durchgesetzt werden konnte, ist die Einführung der Zeitspende. Ein Vorschlag, den ich nachhaltig unterstütze. Denn wer Geld spendet, kann das von der Steuer absetzen, warum nicht auch, wer Zeit spendet? Das wäre auch eine Form der Anerkennung. In der Pflege wie in der Hospizbewegung wird Bürgerschaftliches Engagement unterstützt, und beim Engagement

von Migranten wollen wir neue Wege gehen. Denn Integration geht uns alle an.

**Demokratie wagen.** Wir wollen eine lebendige, starke Bürgergesellschaft eben nicht nur für Deutsche, sondern für alle, die hier leben. Also müssen wir die Teilhabe in den uns vertrauten Organisationen und Vereinen verbessern. Interkulturelle Öffnung ist das Zauberwort. Also rein in die Vereine und in die klassischen Engagementstrukturen. Integration kann nur gelingen, wenn die verschiedensten Bevölkerungsgruppen aktiv mitarbeiten, Beteiligungsmöglichkeiten und politische Mitbestimmungsrechte haben und kennen. Erst dann können sie diese auch verantwortlich nutzen. Also eine große Herausforderung für Kommunen, Parteien und die Bürgergesellschaft. Im Superwahljahr 2009 muss „Demokratie wagen“ zur Aufgabe von uns allen werden. \* (Ute Kumpf)

**Ute Kumpf** ist direkt gewählte Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Stuttgart II und Sprecherin der SPD-Fraktionsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“

WOCHE DES  
BÜRGERSCHAFTLICHEN  
ENGAGEMENTS  
19.-28. SEPTEMBER 2008

Zum vierten Mal startet das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler die größte Freiwilligen-Offensive Deutschlands: die Woche des Bürgerschaftlichen Engagements.

Unter dem Motto „Engagement macht stark!“ bietet Ihnen die Woche des Bürgerschaftlichen Engagements die Chance, konkret vor Ort:

- \* Bürgerschaftliches Engagement sichtbar zu machen
- \* Erfolge oder Unterstützungsbedarf zu verdeutlichen
- \* die Öffentlichkeit zu informieren und zu motivieren
- \* die Arbeit der 23 Millionen freiwillig Engagierten in Deutschland aufzuzeigen und anzuerkennen